

*Europa muss für seine Werteordnung
kämpfen*

Mit sieben Veranstaltungen haben wir in diesem Jahr die Frage erörtert, wie wir in einer Welt im Umbruch die Zukunftsfähigkeit Europas sichern können. Renommiertere Persönlichkeiten wie Bundesverfassungsrichter Prof. Dr. Udo Di Fabio, Prof. Dr. Gabriel Felbermayr, Markus Ferber, Prof. Dr. Clemens Fuest, Bundesverfassungsrichter Peter Müller, Bundesverfassungsrichter Prof. Dr. Peter M. Huber, Professor Dr. Michael Hüther, Prof. Dr. Otmar Issing, EU-Kommissar Günther Oettinger, MdEP, Prof. Dr. Michael Stürmer und EVP-Vorsitzender Manfred Weber gaben mit scharfen Analysen, fundierten und kompetenten Bewertungen und klaren Positionen wertvolle Orientierungen für einen zukunftsfähigen Kurs Europas.

Die Welt ist im Umbruch. Die USA setzen auf „America first“. Neue Machtzentren Russland, China, Indien streben nach Weltgeltung. Die Rückkehr von Autokraten in manchen Ländern, neuer Protektionismus, nationale Egoismen, Terrorismus, Migrationsdruck fordern uns heraus. Europa muss selbst mehr Verantwortung in der Welt übernehmen. Europa hat das Potenzial dazu, aber es muss auch die notwendigen Voraussetzungen dazu schaffen. Vor allem muss Europa für seine Werteordnung kämpfen: Parlamentarische Demokratie, Soziale Marktwirtschaft, Freiheitsrechte, Herrschaft des Rechts.

Europa hat viel erreicht, aber es schwächelt jetzt. Die wirtschaftliche Konvergenz in Europa ist ins Stocken geraten. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit mancher Mitgliedstaaten ist verloren gegangen und die Schuldenkrise nach wie vor nicht wirklich gelöst. Der Austritt Großbritanniens aus der EU weist auch auf ernste Probleme im

europäischen Integrationskurs hin. Wir brauchen ein Europa, das sowohl Sicherheit und Stabilität garantiert und zugleich Flexibilität und eine variable Geometrie bietet. Europa hat enormes Potenzial. Am weltweit größten Binnenmarkt kommt kein Land vorbei. Das gibt uns die Kraft Standards zu setzen, z. B. in der Digitalwirtschaft.

Im Wettbewerb der Modelle mit China und Russland muss Europa seine Potenziale stärker heben. Diese liegen v. a. auch in der Industrie. Für ein international wettbewerbsfähiges Europa müssen die Mitgliedstaaten selbst konsequent auf Strukturformen setzen. Die Ziele von Lissabon waren richtig und verdienen eine Renaissance. Um dauerhaft wettbewerbsfähig zu sein, muss Europa kräftig in Infrastruktur, in digitale Kapazitäten und Kompetenzen wie künstliche Intelligenz investieren. Und wir brauchen europaweite Standards für die digitale Wirtschaft. Europa muss zudem insgesamt mehr in die Wirtschaft investieren, auch Deutschland.

Nur ein Euro hat das Potenzial einer weltweiten Reservewährung, nationale Währungen der Mitgliedstaaten hätten das nicht, auch nicht die DM. Aber nur ein stabiler Euro kann diese Rolle dauerhaft erfüllen. Dazu sind folgende Grundprinzipien sicherzustellen:

- Mit einem Europäischen Währungsfonds darf weder der Flucht aus der Konditionalität der Weg geebnet noch die demokratische Legitimation untergraben werden.
- Die Mitgliedstaaten müssen ihrer Verantwortung für stabile Haushalte gerecht werden. Der Weg in eine Schuldenunion und Transfergemeinschaft würde Europas Stabilität und Zusammenhalt gefährden.
- Hilfen für Krisenländer jedweder Art müssen immer an konkrete unmittelbar

einforderbare Auflagen für finanzpolitische Disziplin und ernste Reformen geknüpft sein. Wohlfeile Versprechungen für die Zukunft genügen dem nicht.

- Für eine stabilere Eurozone brauchen wir ein Junktim zwischen Risikoteilung und mehr Marktdisziplin sowie eine Härtung der Budgetrestriktionen. Ein dauerhafter Transfer zwischen den Mitgliedstaaten muss verhindert werden.
- Die nationale Verantwortung für die eigene Wirtschafts- und Finanzpolitik muss mit glaubwürdiger nationaler Haftung kombiniert werden.

Die beste Antwort auf eine funktionale Überintegration und den Eindruck eines Brüsseler Zentralismus ist eine glaubwürdige Belebung des Subsidiaritätsprinzips. Bei aller Integration muss genügend Flexibilität für nationale Besonderheiten der Mitgliedstaaten bleiben. Europa muss nicht regeln, was Mitgliedstaaten und Regionen selbst regeln können. Die Verantwortung für wettbewerbsfähige Wirtschaftsstrukturen, für Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, für Kultur muss weiter bei den Mitgliedstaaten bleiben. Europa muss sich aber verstärkt um Themen wie die Energiepolitik, wie die Handelspolitik, wie die Außen- und Sicherheitspolitik, wie einen wirksamen Schutz der europäischen Außengrenzen kümmern. Hier müssen wir auch bereit sein, mehr Geld in die Hand zu nehmen. So sollte die Zielmarke für den Anteil der Ausgaben für Sicherheitspolitik eher bei 4 als bei 2 Prozent liegen und in Deutschland haben wir noch nicht einmal Letzteres erreicht. Bei all seiner Vielfalt kann Europa nur als Ganzes die Weltordnung gestalten.

Ein großer Dank für die Realisierung dieser Reihe gilt unserem Vizepräsidenten Dr. Jürgen Kammer als Initiator, den Vorsitzenden der Ausschüsse Europapolitik Dr. Ingo Friedrich, Finanzmärkte Prof. Dr. Franz Christoph Zeitler, der Vorsitzenden des Fo-

rum Brüssel Prof. Dr. Angelika Niebler sowie den Mitgliedern des Geschäftsführenden Präsidiums für die Vermittlung der Referenten, die Gesprächsführungen und ihre wertvollen Anregungen zum Programm.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr

Dr. Johann Schachtner
Generalsekretär